



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

15. Juli 1953

P/VIII/162

Hinweise
auf den Inhalt:

Auf dem Wege zur Viermächtekonferenz	S. 1
Das Programm der Labour Party	S. 3
Zum bevorstehenden Besuch Walter Reuthers in Bonn	S. 5
Nachrichten aus der Sowjetzone	S. 6

Der Beschluss von Washington

(sp) Dass die Aussenminister der drei Westmächte sich in Washington auf einer Viererkonferenz festgelegt haben, ist zu begrüßen. Dass diese Konferenz erst zu einem unbekanntem Zeitpunkt nach den deutschen Wahlen stattfinden soll, ist bedauerlich, weil darin ein neuer Unsicherheitsfaktor liegt. Die hin und wieder zu hörende Erklärung, dass die Viererkonferenz schon aus technischen Gründen nicht früher hätte stattfinden können, ist wenig überzeugend. Hier war sicher ein anderes Motiv massgebend, nämlich die "Rücksicht der internationalen Diplomatie auf die westdeutschen Wahlen", wie es in dem Kommentar einer grossen deutschen Zeitung heisst. "Rücksicht auf das wahlpolitische Interesse des Bundeskanzlers" trüfe den Kern besser. Vermutlich ist Herr Blankenhorn in diesem Punkte in Washington besonders nachdrücklich vorstellig geworden.

Bei dem Ergebnis der Konferenz handelt es sich offensichtlich um ein Kompromiss zwischen der These der europäischen Teilnehmer, in erster Linie des englischen, und den Auffassungen Washingtons. Dass überhaupt eine Viererkonferenz nun stattfinden soll, ist wohl in erster Linie ein Erfolg des Vertreters Churchills auf der Konferenz, Lord Salisburys. Dass sie nicht "so schnell wie möglich", sondern erst im Herbst nach den deutschen Wahlen zusammentreten soll, kommt, vom Bundeskanzler einmal abgesehen, der amerikanischen Zurückhaltung entgegen - manchmal ist aufgeschoben eben doch aufgehoben. Eine Konzession an die amerikanische Auffassung liegt auch

darin, dass nicht, wie Churchill es wollte, ein Gespräch auf der höchsten Ebene, also zwischen den Regierungschefs in Aussicht genommen ist, sondern nur zwischen den Aussenministern. Dieses Zugeständnis wiegt freilich nicht sehr schwer, denn die Zeit, in der es wohl wichtig gewesen wäre, ob Stalin oder Molotow teilgenommen hätten, ist vorüber. Immerhin weisen Londoner Beobachter darauf hin, dass Churchill ursprünglich an geheime Verhandlungen mit Malenkow dachte, die stattfinden sollten, bevor sich die sowjetische Aussenpolitik wieder verhärtet hätte. Man befürchtet nun, dass auf einer Aussenministerkonferenz mit der üblichen grossen Publizität beide Seiten feste Verhandlungspositionen beziehen müssen, von denen sie nur unter grössten Schwierigkeiten abgehen könnten.

Eine Hypothek schon für einen hoffnungsvollen Beginn ist die stark unterstrichene Entschlossenheit der Westmächte, "ihre gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen fortzusetzen", und die Tatsache, dass die Errichtung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft ausdrücklich als notwendiger Schritt auf diesem Wege bezeichnet wird. Immerhin ist auch diese Formulierung noch ein Fortschritt gegenüber dem geradezu widersinnigen Standpunkt, den der amerikanische Aussenminister vorübergehend eingenommen haben soll, dass nämlich die Ratifizierung des EVG-Vertrages jeder Viererkonferenz vorausgehen müsse. Soweit ist man wenigstens nicht gegangen. Aber es bleibt sehr bedenklich, was die "Times" aus Washington zu berichten weiss, dass nämlich, unabhängig von den vorsichtigeren Formulierungen des Schluss-Kommuniqués, die britische und die amerikanische Delegation unterstrichen hätten, dass eine deutsche Wiedervereinigung keinesfalls als eine Abänderung ihrer EVG-Politik aufgefasst werden könne, die weiterhin das Hauptziel (!) ihrer internationalen Bemühungen bleibe. Jedes Zeichen eines Nachgebens in diesem Punkt würde den Chancen Dr. Adenauers bei den westdeutschen Wahlen grossen Abbruch tun - das heisst praktisch, dass man die Rücksicht auf die Wahlposition Dr. Adenauers zum Massstab für eigene Entschlüsse in einer Frage macht, die über die deutsche Wiedervereinigung und vielleicht sogar den Frieden der Welt entscheidet. Im übrigen wird der ganze, mit dem EVG-Vertrag und den sowjetischen Einwänden gegen ihn zusammenhängende Komplex ein Kernstück eben gerade der kommenden Viermächteverhandlungen sein.

Vor Pressevertretern hat am Dienstag in Bonn der ehemalige demokratische Präsidentschaftskandidat Stevenson ein kluges Wort gesprochen: "Wenn man die Tür zu Verhandlungen schliesst, öffnet man die Tür zum Kriege". Vor allem unter diesem Gesichtspunkt ist der Beschluss von Washington, wenigstens in absehbarer Zeit die Sowjets zu einem Gespräch aufzufordern, erfreulich.

+ + +

England muss sich entscheiden

Von Denis Healy, M.P.

Der Verfasser dieses Artikels ist Mitglied des Britischen Unterhauses und ein führender Kopf der Labour Party.

Nach neun Monaten anstrengender und intensiver Arbeit hat kürzlich der Vorstand der Arbeiterpartei (Labour Party) unter dem Titel "England muss sich entscheiden!" sein Aktionsprogramm für die kommende Labour-Regierung veröffentlicht. Nach drei Monaten weiterer Diskussion in den örtlichen Organisationen der Labour Party ganz Englands wird das Dokument zur endgültigen Entscheidung dem Jahreskongress, diesmal in Margate, vorgelegt werden.

Ein Programm wie dieses hat drei verschiedene Aufgaben zu erfüllen, die sich nicht immer leicht miteinander verbinden lassen. Es muss die Partei selbst einigen und zu mächtigerer und wirksamerer Entfaltung ihrer Aktivität anspornen. Es muss auf die gesamte Wählerschaft, also einschliesslich derer, die keine überzeugten Sozialisten sind, eine starke Anziehungskraft ausüben. Und es muss derartig sein, dass es eine verantwortliche Regierung in einer fünfjährigen Amtsperiode verwirklichen kann. "England muss sich entscheiden", erfüllt diese drei Aufgaben nicht alle gleich gut.

Das Aktionsprogramm beginnt mit einer hervorragenden Beschreibung der grundsätzlichen Aufgabe Grossbritanniens, nämlich die Zusammensetzung von Handel und Produktion so zu ändern, dass das Land seine wichtigsten Importgüter verdienen kann. Das gesamte Programm geht von der Notwendigkeit aus, dass England wieder zahlungsfähig werden muss. Hierdurch erreicht das Dokument eine Ehrlichkeit, die vielleicht unmittelbar gesehen, nicht volkstümlich sein mag, sich jedoch für die Partei und das Land später als ungeheuer wertvoll erweisen wird.

So gibt zum Beispiel das Dokument zu, dass man den Konsum in England drosseln müsse, damit man sowohl im Lande als auch im Commonwealth mehr investieren kann. Es besteht natürlich auf der Erhaltung der Vollbeschäftigung, weist auch auf die Notwendigkeit hin, eine Berufsumschichtung vorzunehmen, um Arbeitskräfte aus veralteten Konsumgüterindustrien, wie z.B. die Textilindustrie, deren Produkte vom Weltmarkt nicht mehr aufgenommen werden, in Kapitalgüterindustrien hinüberzulenken, so etwa in die Maschinenbauindustrie, für deren

Produkte sowohl im Inland als auch im Ausland noch lange Nachfrage herrschen wird.

Das Versprechen der Labour Party, den Strassentransport und die Stahlindustrie wieder zu nationalisieren, wird zwar wiederholt, es werden jedoch keine anderen Industrien angegeben, die insgesamt nationalisiert werden sollen. Es heisst vielmehr in dem Dokument, dass die kommende Labour-Regierung einzelne Unternehmen einiger Industriezweige, einschliesslich Maschinenbau und Chemie, je nach Bedarf übernehmen werde. Da Nahrungsmittel zu den wichtigsten Importgütern gehören, wird versprochen, die Inlandsproduktion in fünf Jahren um ein Drittel zu erhöhen.

Natürlich enthält das Programm auch einige Schwächen, die von Kritikern aufgegriffen wurden. Es wird eine viel stärkere Diskriminierung des Sterlingblocks gegen Dollarimporte verlangt, obwohl zugegeben wird, dass dies von den Ländern des Commonwealth abhängen würde, die bisher noch keine Anzeichen dafür gezeigt haben, dass sie bereit wären, entsprechende Massnahmen durchzuführen. Auf der einen Seite wird zwar zugegeben, dass der Inlandskonsum gedrosselt werden muss, andererseits verspricht das Dokument aber mehr Geld für Erziehung und den Gesundheitsdienst. Aber dies sind nur kleinere Schönheitsfehler im Vergleich mit der Verschiebung der Betonung von der internen Neuverteilung des Einkommens auf die Zahlungsfähigkeit nach aussen hin, die der Grundzug des Dokumentes ist.

Im Augenblick scheint es, dass die Bevanisten das Dokument als Ganzes möglichst nicht angreifen werden - wie könnten sie auch, nachdem sechs ihrer führenden Mitglieder sich aktiv am Entwurf des Aktionsprogramms beteiligt haben! Die Bevanisten haben nur in einem Punkt des Dokumentes dagegen gestimmt, und zwar gegen das Fehlen eines Vorschlags, Pachtland zu nationalisieren. Es ist möglich, dass die Partei Fortschritte zur Herstellung ihrer politischen Einheit gerade dadurch erzielt hat, dass sie den Rebellen auftrag, die praktische politische Linie auszuarbeiten. Dennoch können noch heftige Diskussionen über Persönlichkeiten auftauchen, wie es der jetzige Streit um die Gewerkschaftsführer zeigt. (Anmerkung der Redaktion: Gemeint ist der Streit um die Teilnahme von Gewerkschaftsführern an der staatlichen Aufsichtsbehörde für die von der jetzigen Regierung entstaatlichte Stahlindustrie.)

Ein Freund der deutschen Arbeiter

(sp) Walter P. Reuther, der Vorsitzende der zweitgrössten USA-gewerkschaft CIO (Congress of Industrial-Organisations) kommt in diesen Tagen nach Bonn, wo er mit Spitzenfunktionären der deutschen Arbeiterbewegung zusammentreffen wird.

Unter allen führenden amerikanischen Gewerkschaften ist der heute 45jährige Walter P. Reuther wahrscheinlich der beste Kenner internationaler politischer und gewerkschaftlicher Probleme, an denen er seit vielen Jahren aktivsten Anteil hat. Mit Kurt Schumacher verband ihn persönliche Freundschaft; er ist wiederholt in der Bundesrepublik gewesen und hat Kontakt mit vielen SPD-Politikern gefunden.

Ungewöhnliche Umstände und eine Fülle von Erlebnissen und Erfahrungen zeichneten den bisherigen Lebensweg dieses Mannes, dem es als Sohn eines um die Jahrhundertwende in den USA eingewanderten schwäbischen Brauereiarbeiters nicht an der Wiege gesungen war, dass er später, vom Vertrauen von vielen Millionen amerikanischer Arbeiter getragen, einen entscheidenden Einfluss auf die Gestaltung der amerikanischen Sozial- und Gewerkschaftspolitik ausüben würde. Als unbekannter Werkzeugmacher arbeitete der aufgeweckte Junge in den Automobilfabriken Fords in Detroit, sein Wissen holte er sich in Nachtkursen an der Universität. Seine gewerkschaftliche Tätigkeit brachte ihn bald in Konflikt mit dem Unternehmer. Er wurde entlassen, Wanderungen durch Europa, durch die Sowjetunion und durch Asien - eine Zeitlang arbeitete er in den Traktorenwerken Stalingrads - öffneten ihm den Blick für die grossen Unterschiede für die Lage der Arbeiter in den USA und der alten Welt und auch darüber, dass amerikanische Gewerkschaften keinen Anlass hatten, europäische Methoden zu übernehmen.

Nach seiner Rückkehr übernahm Reuther, heftig befehdet von den Kommunisten und auch von Ford - mit knapper Not entkam er einem Mordanschlag - die Führung der Automobilarbeiter, im Dezember 1936 gewann er den ersten Streik und wenige Jahre später stand er an der Spitze der grössten Einzelgewerkschaft der USA. Ein entscheidender Erfolg war der unter Reuthers Leitung erzielte Einbruch in den Konzern der General-Motors. Er ist gewiss kein bequemer Verhandlungspartner für die Arbeitgeber und seine Forderung, der Arbeiter habe das Recht, die Bücher der Unternehmer zu kontrollieren, um eine Verbindung zwischen Löhnen und Geschäftsgewinnen herzustellen, dürfte noch zu harten Auseinandersetzungen führen. Er ist nicht der Mann, der davor zurückschreckt. Bezeichnend für seine Einstellung ist der Satz: "Wir müssen unsere Fortschritte innerhalb der Gesellschaft machen, nicht auf ihre Kosten."

Das sozial aufgeschlossene und fortschrittliche Deutschland kann stolz darauf sein, einen Walter Reuther zu seinen Freunden zu zählen. Die Welt wird noch viel von ihm hören.

Das Ostbüro der SED teilt mit:Verurteilte zwangsevakuert

Die Familien der bei den Unruhen in Ostberlin und der Sowjetzone festgenommenen und verurteilten Personen sollen nach einem Erlass des Innenministeriums im Laufe der nächsten Wochen aus den Städten in die Landkreise zwangsevakuert werden. In dem Erlass an die Bezirksräte heisst es ausdrücklich, dass bei jedem einzelnen Familienmitglied die Arbeitsfähigkeit überprüft werden müsse. Eine Zahlung von Sozialunterstützung hat zu unterbleiben.

+

In einer Rede vor der Belegschaft der Gesenkschmiede Rosswein musste Hermann MATERN, der Vorsitzende der Parteikontrollkommission eingestehen, dass es in der SED Bestürzung ausgelöst habe; dass "überall, in allen Teilen der Republik fast zur gleichen Zeit Menschen auftraten, die die gleichen Forderungen und die gleichen Lösungen aufstellten."

+

Nach dem 17. Juni ist einer Reihe von SED- und Staatsfunktionären, die von der Bevölkerung gehasst werden, von der sowjetischen Besatzungsmacht eine Pistole und 25 Schuss Munition zur Verfügung gestellt worden.

+

Stromeinschränkungen bleiben

Das Versprechen des ZK der SED zum Fortfall der Stromabschaltungen hat zu den ersten zu erwartenden Schwierigkeiten geführt. Das Staatssekretariat für Energie musste bereits dringend darauf hinweisen, dass alle zugebilligten Erleichterungen nur für die Versorgung der Haushaltungen gelten könnten. Alle Versuche, die im vergangenen Jahr durch die schlechte Stromversorgung bedingte Verlegung von Schichten in die Nacht wieder aufzuheben, wurden ausdrücklich verboten. Nach wie vor müssten alle Bestimmungen beachtet werden, die die Entnahme von Elektrizität um 30 Prozent einschränken sollen.

+

Erweiterter Zonenhandelsverkehr geplant

Der ursprüngliche Wirtschaftsplan für das zweite Halbjahr 1953 ist im Verlaufe der Ankurbelung des "neuen Kurses" von der Staatlichen Plankommission ausser Kraft gesetzt worden. Der neue Plan enthält nur Kontrollziffern für rund 120 Schlüsselpositionen. Den Betrieben wird gestattet, untereinander einen Warenaustausch vorzunehmen und gleichzeitig innerhalb der festgesetzten Kontrollziffern eine grössere Freizügigkeit für Produktion und Verteilung eingeräumt. Zur Überwindung der Materialengpässe sollen noch im Juli Verhandlungen mit der Bundesrepublik und anderen westlichen Ländern über eine Ausweitung des Warenverkehrs in die Wege geleitet werden.

+

+

+